



NIEDERSCHRIFT
(Öffentlicher Teil)

**9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat
(Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin: Dienstag, 17.06.2014
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2-6,
23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Dr. Marek Lengen - SPD
Herr Jochen Mauritz - CDU
Frau Heidemarie Menorca - CDU
Frau Kerstin Metzner - SPD
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU
Frau Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman - Bü90/DIEGRÜNEN

Vertretung für:
Herrn Schubert, Hans-Jürgen

Herr Rolf Müller - FDP

Vertretung für:
Herrn Rathcke, Thomas

Frau Stefanie Bussat - Die PARTEI-PIRATEN

Herr Paul Kaitschick - CDU

Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE

Herr Christoph Otte - SPD

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU

Herr Olaf Wegner - BfL

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller

Fachbereichsleitung

Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Norbert Siegrist	3.327 - Verkehrs- angelegenheiten
Herr Egbert Ohlow	3.327 - Verkehrs- angelegenheiten
Herr Mischa Jelen	3.327 - Verkehrs- angelegenheiten
Herr Oliver Bähr	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Manfred Hellberg	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Frau Tanja Rademann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Peter Tengler	Personalrat Feuerwehr
Frau Ulrike Schröder	5.610 Stadtplanung
Herr Heiko Hüttmann	Polizeidirektion Lübeck
Herr Detlef Radtke	Stadtfeuerwehrverband

Protokollführung

Herr Maik Schneider	Fachbereichsdienste
---------------------	---------------------

Gäste

Frau Heike Aust - Trüper Gondesens Partner	nur im öffentlichen Teil
Herr Peter Hermanns - Trüper Gondesens Partner	nur im öffentlichen Teil

Sonstige Personen

Herr Werner Macziey - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Heinz-Jürgen Riekhof - Forum für Migrantinnen und Migranten	nur im öffentlichen Teil
Frau Brigitte Dowideit	nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert- Bü90/DIEGRÜNEN	entschuldigt
---	--------------

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Thomas Rathcke- FDP	entschuldigt
--------------------------	--------------

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Polizeibeirat**
 - 3.1. Umweltpolizei
 - 3.2. Gewalt beim Fußball
 - 3.3. Verkehrserziehung
 - 3.4. Warnung vor Salafisten und rechter "Brigade"
 - 3.5. Neue Anfragen an den Polizeibeirat
 - 3.5.1. Anfrage Herr Zahn - Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen
 - 3.5.2. Anfrage Herr Mauritz - Kriminalitätsstatistik
 - 3.5.3. Anfrage Herr Martens - Lärmbelästigung (Kontrollen Motorräder)
- 4. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.05.2014**
- 5. Mitteilungen**
 - 5.1. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
 - 5.1.1. Sondersitzung 26.08.2014
 - 5.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 5.2.1. Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen - Fallzahlen und Einnahmen
 - 5.2.2. Zwischenbericht 1/2014 über Veränderungen gegenüber dem Produkthaushaltsplan 2014
 - 5.2.3. Trailerbeparkung Posener Straße
 - 5.2.4. Feuerlöschboot
 - 5.3. Beantwortung von Anfragen**
 - 5.3.1. Auslastung Taxen
 - 5.3.2. Bärenklau
 - 5.3.3. Tankstelle Ziegelstraße
 - 5.3.4. Unterbringung Bienenvölker

5.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft

- 5.4.1. Erhalt der Umweltpolizei Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - Sitzung der Bürgerschaft 27. März 2014 (VO/2014/01453)
Vorlage: VO/2014/01546

6. Anträge

7. Vorlagen

- 7.1. Bebauungsplan 10.03.00 - Blankensee/ Gewerbepark Flughafen TB I
- Satzungsbeschluss - Vorlage: VO/2014/01386

8. Berichte und Antworten

9. Zustimmung zu Wahlen / Wiederwahlen

- 9.1. 1. Zustimmung zur Wiederwahl des stellvertretenden Stadtwehrführers der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck
2. Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl von Ortswehrführern und stellvertretenden Ortswehrführern der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2014/01634

10. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 10.1. Anfrage Frau Menorca - Sicherheitskonzept Hansetag
10.2. Anfrage Frau Mählenhoff - Stellenbesetzung FB 3

Nichtöffentlicher Teil:

11. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 20.05.2014

12. Mitteilungen

13. Vorlagen

14. Berichte und Antworten

- 14.1. Anfrage BM Ursula Wind-Olßon: Albert-Schweitzer Grund- und Gemeinschaftsschule Vorlage: VO/2014/01367
14.2. Helme Berufsfeuerwehr / Freiwillige Feuerwehr

15. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 15.1 Anfrage Herr Mauritz – Deckung Feuerwehrsicherheitswachen Theater und MuK aus Produktsachkonto Gutachten (VO/2014/01532)

Öffentlicher Teil:

16. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Mählenhoff eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Frau Mählenhoff stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Hans-Jürgen Riekhof vom Forum für Migrantinnen und Migranten stellt sich den Ausschussmitgliedern vor.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Mählenhoff beantragt die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt der nichtöffentlichen Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Frau Mählenhoff beantragt das Vorziehen des TOP 7.1 mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste.

Der Ausschuss stimmt dem Vorziehen des TOP 7.1 bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Frau Mählenhoff beantragt das Vorziehen des TOP 5.4.1 und die gemeinsame Beratung mit dem TOP 3.1.

Der Ausschuss stimmt dem Vorziehen und der gemeinsamen Beratung bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die geänderte Tagesordnung bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Umweltpolizei

Herr Hüttmann berichtet ausführlich zur Thematik Umweltpolizei. Demnach würden in Lübeck grundsätzlich alle Dienststellen der Polizei Anzeigen / polizeilich relevante Mitteilungen zu Umweldelikten entgegennehmen. Zusätzlich sei derzeit beim Polizei-Bezirksrevier Lübeck (PBR Lübeck) ein so genannter Umweltschutztrupp eingerichtet, der dieses Aufgabenfeld als Schwerpunkt in der Aufgabenwahrnehmung zugeschrieben bekommen habe. Im Großen und Ganzen sei bei Umweltstraftaten ein deutlicher Fallrückgang zu verzeichnen (von ca. 3.800 Fällen in den 90er Jahren auf ca. 1.190 Fälle in 2013). Ebenfalls würden Umweltstraftaten eher durch Bürger angezeigt als bei der Streifentätigkeit festgestellt. Die Hauptarbeit der polizeilichen Tätigkeit sei somit eher im ermittlungstechnischen Bereich zu sehen.

Laut der AG Kriminalitätsbekämpfung seien aufgrund dieser Entwicklung kaum Streifenbeamte für diese Aufgabe notwendig. Nach jetzigem Planungsstand solle es in Schleswig-Holstein statt derzeit 15 Umweltschutztrupps zukünftig 7 Umweltschutztrupps geben.

Momentan werde in Scharbeutz ein Neubau erstellt. Dieser Neubau solle das Polizei-Bezirksrevier Lübeck, das Polizei-Bezirksrevier Eutin und das Polizei-Autobahnrevier Scharbeutz aufnehmen. Gleichzeitig erfolge eine Fusion der drei Dienststellen zu einem Polizei-Autobahn-Bezirksrevier Scharbeutz unter einheitlicher Dienststellenleitung. Diese Dienststelle werde im zugeschriebenen Aufgabenfeld für den gesamten Bereich der PD Lübeck und Kreis Ostholstein zuständig sein. Der Umweltschutztrupp werde somit zukünftig in Scharbeutz räumlich untergebracht sein, Lübeck verfüge dann nicht mehr über eine solche Fachdienststelle vor Ort. Nichtsdestotrotz sei man für Lübeck und den Kreis Ostholstein gut aufgestellt. Darüber hinaus würden besondere Fortbildungen zum Thema Umwelt für einige Beamte eingeplant. Abschließend merkt er an, dass eine Zustimmung zum Antrag der Fraktion Die Partei – Piraten dieser Entwicklung widersprechen würde.

Es sprechen Frau Menorca (Ansprechpartner der geschulten Streifenbeamten bei Fragen), Herr Dr. Tetzlaff-Gahrman (Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern) und Frau Bussat (Information des Ausschusses über den aktuellen Sachstand Umweltpolizei). Hierzu merkt Herr Hüttmann an, dass die Kollegen in Scharbeutz die Ansprechpartner der Streifenbeamten seien. Es werde aber die Hoffnung gehegt, dass die geschulten Beamten ohne größere Hilfestellungen auskommen und Maßnahmen einleiten könnten. Länderübergreifende Problematiken würden auch länderübergreifend geregelt und Kontakte seien vorhanden. Der Ausschuss werde über den Sachstand in Sachen Umweltpolizei informiert.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Gewalt beim Fußball

Herr Hüttmann teilt mit, dass die letzte Saison aufgrund der geringen Zuschauerzahl eher unproblematisch gewesen wäre. Nach dem Aufstieg werde die Polizei für die neue Saison auf die Einhaltung des mit dem VfB Lübeck beschlossenen Sicherheitskonzepts bestehen. Die Situation werde beobachtet, große Sorgen mache man sich zurzeit aber nicht.

Fragen von Frau Menorca und Herrn Wegner beantwortet Herr Hüttmann.

Von Herrn Mauritz ist eine kontinuierliche Berichterstattung über Veränderungen beim Sicherheitskonzept gewünscht. Herr Hüttmann sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Verkehrserziehung

Laut Herrn Hüttmann teilt das Innenministerium nicht die Ansicht des Landesrechnungshofs. An der polizeilichen Präventionsarbeit solle demnach nichts geändert bzw. keine Abstriche gemacht werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Warnung vor Salafisten und rechter "Brigade" (LN-Artikel vom 16.04.2014)

Herr Hüttmann informiert den Ausschuss, dass seitens der Polizei keine größeren Auffälligkeiten in dieser Szene erkennbar seien. Auch sei hier eher der Verfassungsschutz gefragt.

In Lübeck habe es zwei Zwischenfälle gegeben. So seien bei einer Koranverteilung durch Salafisten die Verteiler von einer Person mit Wasser bespritzt worden. Des Weiteren habe es einen Übergriff in der Al-Amânah Moschee (Braunstraße) gegeben. Dieser werde momentan gerichtlich abgearbeitet.

Die Frage von Herrn Mauritz nach der Anzahl der Mitglieder wird von Herrn Hüttmann insoweit beantwortet, dass es keine richtigen Mitglieder im üblichen Sinne gebe. Schätzungsweise werde von ca. 100 Personen (auch aus dem Umland) ausgegangen, die sich regelmäßig treffen würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

zu 3.5.1 Anfrage Herr Zahn - Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen

Herr Zahn möchte gern mehr über die Haltung der Polizei zu Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen wissen. Hintergrund seien Berichterstattungen der Presse zu diesem Thema und die Ausschweifungen zu Christi Himmelfahrt (Hüxwiese).

Alkohol sei immer wieder Anlass zur Sorge, merkt Herr Hüttmann an. Ein generelles Alkoholverbot auszusprechen lasse die aktuelle Rechtssprechung nicht zu. Hier würde ansonsten in die Grundrechte der BürgerInnen eingegriffen. Der Einsatz der Polizei zu Christi Himmelfahrt habe sich bzgl. etwaiger Alkoholdelikte in Grenzen gehalten.

Es sprechen Frau Menorca (Übergriffe auf Polizeibeamte, Feuerwehr, San-Dienste) sowie die Herren Kaitschick (Abschreckung durch Alkoholverbot) und Dr. Tetzlaff-Gahrmann (Alkohol- und Drogentests). Herr Hüttmann merkt an, dass Übergriffe auf Polizeibeamte in der Tat häufiger geworden seien, aber nicht exorbitant steigen würden. Mit dieser Thematik befasse sich zurzeit eine Landesarbeitsgruppe. Liege ein Anfangsverdacht des Alkohol- oder Drogenmissbrauchs vor, würden Bluttests durchgeführt. Dies sei schon für die Beweisführung wichtig.

Es sprechen Herr Martens (Anschein der Vertreibung Obdachloser von öffentlichen Plätzen durch Alkoholverbot) und Frau Bussat (Bevormundung der BürgerInnen durch Alkoholverbot). Herr Möller erwidert, dass ein Alkoholverbot keine Personen diskriminieren solle, sondern man hier eher die Örtlichkeiten des Alkoholkonsums als Problem sehe.

Abschließend möchte Herr Wegner wissen, ob Handlungsbedarf bzgl. eines Alkoholverbots seitens Hansestadt Lübeck gesehen werde. Dies verneint Herr Hüttmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5.2 Anfrage Herr Mauritz - Kriminalitätsstatistik

Herr Mauritz fragt nach, ob in einer der nächsten Sitzungen mit dem Polizeibeirat über die Kriminalitätsstatistik in Lübeck berichtet werden könne. Herr Hüttmann sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5.3 Anfrage Herr Martens - Lärmbelästigung (Kontrollen Motorräder)

Herr Martens fragt nach, ob die Polizei auch gezielt Motorräder kontrollieren würde. Teilweise seien diese sehr laut (Auspufflärm) unterwegs. Im Einzelfall und anlassbezogen würden Kontrollen durchgeführt. Gezielte Kontrollen würden nicht stattfinden und auch in keinem angemessenen Verhältnis von Aufwand und Erfolg stehen, antwortet Herr Hüttmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.05.2014

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 5 Mitteilungen

zu 5.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

zu 5.1.1 Sondersitzung 26.08.2014

Frau Mählenhoff informiert den Ausschuss, dass ggf. am 26. August 2014 eine Sondersitzung des Ausschusses stattfinden werde. Hintergrund sei eine Vorlage zum Neubau der Feuerwache 3, die noch vor der Septembersitzung des Hauptausschusses im USO beraten werden solle.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 5.2.1 Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen - Fallzahlen und Einnahmen

Herr Ohlow teilt beschränkt auf das Jahr 2013 mit, dass die variabel einsetzbaren Kameras (Anzahl 2) der stationären Anlagen im St.-Jürgen-Ring / Wallbrechtstraße / Neue Hafenstraße / Schwartauer Alle 23.398 Verwarnungen und 586 Anzeigen dokumentiert hätten. Daraus würden Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von rd. 480.000,- Euro sowie Verwaltungsgebühren in Höhe von rd. 54.000,- Euro resultieren. Die stationären Anlagen mit fest eingebauten Kameras (Anzahl 4) an der B 75 / Heiligen-Geist-Kamp / Ratzeburger Allee hätten 40.667 Verwarnungen und 4.974 Anzeigen dokumentiert. Daraus würden Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von rd. 991.000,- Euro sowie Verwaltungsgebühren in Höhe von rd. 145.000,- Euro resultieren.

Herr Mauritz möchte, dass als Vergleichswert die Zahlen aus dem Jahr 2012 der Niederschrift beigelegt werden.¹

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

¹ Anlage 1 (Vergleichswerte 2012). Diese Anlage sowie alle folgenden Anlagen sind im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

zu 5.2.2 Zwischenbericht 1/2014 über Veränderungen gegenüber dem Produkthaushaltsplan 2014

Herr Möller gibt bekannt, dass nach derzeitigem Sachstand im Fachbereich 3 keine Änderungen betref. Einhaltung der Budgetvorgaben der Produkte erkennbar seien. Es werde davon ausgegangen, dass auch das geplante Personalkostenbudget eingehalten werde. Veränderungen würden bei den Strukturdaten gemeldet. Im Produkt Rettungsdienst werde eine Erhöhung der Rettungswageneinsätze und Krankentransporte gemeldet. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen würden im Rahmen der nächsten Verhandlungen mit den Kostenträgern (Krankenkassen) geregelt. Im Produkt Gesundheits-, Umwelt und Verbraucherschutz steige die Anzahl der zu überwachenden Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Durch die Neubesetzung einer offenen Stelle in der unteren Wasserbehörde könnten die Kontrollen vor Ort bewältigt werden. Im Produkt Land- und Forstwirtschaft sollten weniger Einnahmen aus Holzverkauf bei den Leitsortimenten Eiche, Buche und anderem Edelh Holz, die eine Folge des verkürzten Starkholzeinschlagszeitraums sind, durch einen stärkeren Nadelholzeinschlag ab Spätsommer kompensiert werden.

Der 1. Zwischenbericht 2014 könne in ALLRIS unter VO/2014/01635 nachgesehen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.3 Trailerbeparkung Posener Straße

Herr Ohlow berichtet, dass die "Beobachtungen" der Presse sich auf den Sandstreifen neben der Posener Straße bezogen hätten. Dazu habe es auch eine Stellungnahme von der Polizeidirektion gegeben. Im Arbeitskreis Verkehr habe die Stadtplanung den Vorschlag unterbreitet, die Besitzverhältnisse auf dem Seitenstreifen abzuklären und dann dort ggf. einen geordneten und befestigten Trailerparkplatz einzurichten; dies werde im FB 5 abgearbeitet. Das Parken auf dem ausgebauten Seitenstreifen (ab Remondis in Richtung Josephinenstraße) habe bisher zu keinen weiteren Behinderungen geführt; insofern sei dort zurzeit auch kein Handlungsbedarf.

Frau Mählenhoff merkt an, dass im Bereich Herrenwyk ebenfalls an den Wochenenden Zugmaschinen abgestellt seien. Laut Herrn Ohlow handle es sich hier um Wochenendparken der Lkw-Fahrer. Da es sich um ein Gewerbegebiet handle, sei das nicht zu beanstanden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.4 Feuerlöschboot

Laut Herrn Bähr befinde sich das Feuerlöschboot derzeit in einer Werft zur Schadensbegutachtung. Vermutlich werde eine Reparatur noch möglich sein. Herr Möller ergänzt, dass im Rahmen des Gutachtens für die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Berufsfeuerwehr Lübeck der Punkt Feuerlöschboot ebenfalls untersucht werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

zu 5.3.1 Auslastung Taxen

Herr Jelen teilt die Antwort den Ausschussmitgliedern mit. Die Antwort wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.²

Nachfragen der Herren Zahn (Fahrten pro Tag) und Martens (Stundenlohn) beantwortet Herr Jelen. Demnach sei bei den 14,6 vermittelten Fahrten pro Fahrzeug pro Tag von 24 Stunden ausgegangen. Ein Stundenlohn könne nicht pauschal angesetzt werden, da es bei vielen Taxifahrern vertraglich mit Festsummen geregelt sei. Zur Frage von Herrn Wegner bzgl. der Trinkgelder merkt Herr Zahn an, dass Fachleute von ca. 300 € pro Monat ausgingen.

Abschließend teilen Herr Möller und Herr Jelen mit, dass vom Landesverband Taxi und Mietwagen Schleswig-Holstein e.V. die Beauftragung eines Gutachtens beabsichtigt sei. Es solle festgestellt werden, in welchem Rahmen die örtlichen Taxitarife für den Fall der Einführung des Mindestlohnes angepasst werden müssten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.2 Bärenklau

Herr Möller berichtet, dass die Lübeck Port Authority hier keine Flächen in ihrer Verwaltung und auch keine Zuständigkeit habe. An der beschriebenen Stelle seien die Kanaltrave bzw. der Elbe-Lübeck-Kanal in der Verwaltung des Bundes, Wasser- und Schifffahrtsamt Lübeck (WSA), die Trave als Gewässer 1. Ordnung im Eigentum des Landes. Beim WSA sei daraufhin nachgefragt worden, die Antwort stehe noch aus.

Weiterhin berichtet er über das Vorkommen und die Behandlung des Riesenbärenklaus aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde.³

Frau Menorca fragt nach, an wen man sich bei Sichtung des Bärenklaus wenden könne. Herr Möller antwortet, dass man sich hier an die Servicetelefonnummer des Bereiches Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV) wenden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.3 Tankstelle Ziegelstraße

Herr Möller gibt bekannt, dass die Fläche vom Bereich Liegenschaften bewirtschaftet werde. Es sei ein Mitarbeiter zu der Fläche geschickt worden, nach Auswertung der Fotos werde ein Gärtner mit der Säuberung der Flächen beauftragt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.4 Unterbringung Bienenvölker

Herr Bächteil teilt mit, dass die Feuerwehr Mieter der Gebäude sei. Vermieter sei das Gebäudemanagement der HL (GMHL). Nach Aussage des GMHL sei eine Unterbringung von Bienenvölkern zwar grundsätzlich möglich. Es müssten ein dementsprechender Zutritt zum Dach und ein Absturzschutz geschaffen werden. Dafür seien keine finanziellen Mittel vorhanden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

² Anlage 2

³ Anlage 3

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 5.4.1 Erhalt der Umweltpolizei Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - Sitzung der Bürgerschaft 27. März 2014 (VO/2014/01453) Vorlage: VO/2014/01546 (vorgezogen)

Sitzung der Bürgerschaft am 27. März 2014

Die Bürgerschaft hat mit VO/2014/01453 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten mit Mehrheit an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Erhalt der Umweltpolizei

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich für den Erhalt des Polizei-Umweltdienstes im bisherigen Umfang am Standort Lübeck bei der Landesregierung einzusetzen. Der Bürgerschaft ist zu berichten.

Frau Mählenhoff lässt über die Überweisung abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 1 - Stimmenthaltungen einstimmig, den Antrag abzulehnen.

zu 6 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 7 Vorlagen

zu 7.1 Bebauungsplan 10.03.00 - Blankensee/ Gewerbepark Flughafen TB I - Satzungsbeschluss - Vorlage: VO/2014/01386 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft nimmt den für den Bebauungsplan 10.03.00 – Blankensee/ Gewerbepark Flughafen–TB I – erstellten Prüf- und Abwägungsbericht zu den im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB und im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 4a Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen in der vorliegenden Fassung des Prüf- und Abwägungsberichtes (Anlage 1 Teil A und B) zur Kenntnis.

Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes 10.03.00 Blankensee/ Gewerbepark Flughafen–TB I – nach § 4a Abs. 2 BauGB abgegebenen

Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck mit folgendem Ergebnis geprüft:

A) berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, HL, Abteilung Vorsorge und Zukunftsplanung, vorgebracht mit Schreiben vom 18.12.13,*
- BUND, Landesnaturschutzverband (LNV) Schleswig-Holstein, AG 29, vorgebracht mit Schreiben vom 20.12.13,*
- Stiftung Grönauer Heide, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V., vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Untere Forstbehörde, vorgebracht mit Schreiben vom 09.12.13,*
- Bereich Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Untere Bodenschutz- und Wasserbehörde, vorgebracht mit Schreiben vom 20.12.13,*
- Kreis Herzogtum Lauenburg, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- Bundesnetzagentur, vorgebracht mit Schreiben vom 25.11.13,*
- NABU Schleswig-Holstein, vorgebracht mit Schreiben vom 02.01.14, 23.06.13 und 28.04.11 als auch mit Schreiben vom 13.07.09 im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung,*
- Initiative Blankensee e.V., vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- Bürger 1, Anwohner Söllbrook, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13 und 27.06.13.*

B) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz der HL, Abteilung Vorsorge und Zukunftsplanung, vorgebracht mit Schreiben vom 18.12.13,*
- NABU Schleswig-Holstein, vorgebracht mit Schreiben vom 02.01.14, 23.06.13 und 28.04.11,*
- Bürger 1, Anwohner Söllbrook, vorgebracht mit Schreiben vom 27.06.13.*

C) nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz der HL, Abteilung Vorsorge und Zukunftsplanung, vorgebracht mit Schreiben vom 18.12.13,*
- BUND, Landesnaturschutzverband (LNV) Schleswig-Holstein, AG 29, vorgebracht mit Schreiben vom 20.12.13,*
- Stiftung Grönauer Heide, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*

- *Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V., vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- *Bereich Wirtschaft und Liegenschaften/ Wirtschafts- und Flughafenkoordination, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 11.12.13,*
- *Gemeinde Groß Grönau, vorgebracht mit Schreiben vom 12.12.13,*
- *NABU Schleswig-Holstein, vorgebracht mit Schreiben vom 02.01.14, 23.06.13 und 28.04.11 als auch mit Schreiben vom 13.07.09 im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung,*
- *NABU Schleswig-Holstein, vorgebracht mit Schreiben vom 02.01.14, 23.06.13 und 28.04.11,*
- *Bürger 1, Anwohner Söllbrook, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13 und 27.06.13.*

D) zur Kenntnis genommen werden die Stellungnahmen von:

- *Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz der HL, Abteilung Vorsorge und Zukunftsplanung, vorgebracht mit Schreiben vom 18.12.13,*
- *BUND, Landesnaturschutzverband (LNV) Schl.-Holstein, AG 29, vorgebracht mit Schreiben vom 20.12.13,*
- *Stiftung Grönauer Heide, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- *Feuerwehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 29.11.13,*
- *Bereich Stadtgrün und Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- *Bereich Haushalt und Steuerung, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 28.11.13,*
- *Bereich Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Untere Bodenschutz- und Wasserbehörde, vorgebracht mit Schreiben vom 20.12.13,*
- *DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, vorgebracht mit Schreiben vom 12.12.13,*
- *Handwerkskammer Lübeck, vorgebracht mit Schreiben vom 17.12.13,*
- *Kreis Herzogtum Lauenburg, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13,*
- *Gewässerunterhaltungsverband Ratzeburger See, Herzogtum Lauenburg, vorgebracht mit Schreiben vom 05.12.13*
- *Bundesnetzagentur, vorgebracht mit Schreiben vom 25.11.13,*
- *Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr – Wehrverwaltung, vorgebracht mit Schreiben vom 09.12.13,*
- *Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Technischer Umweltschutz, vorgebracht mit Schreiben vom 04.12.13,*
- *Deutsche Telekom, vorgebracht mit Schreiben vom 03.12.13,*

- NABU Schleswig-Holstein, vorgebracht mit Schreiben vom 02.01.14, und vom 13.07.09 im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung,
- Bürger 1, Anwohner Söllbrook, vorgebracht mit Schreiben vom 19.12.13.

Die im beiliegenden Prüf- und Abwägungsbericht (Anlage 1A und 1B) enthaltene Prüfung der Stellungnahmen einschließlich der Abwägungsempfehlungen wird gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. *Auf Grund des § 10 BauGB sowie nach § 92 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 10.03.00 – Blankensee/ Gewerbepark Flughafen –TB I – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.*

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. *Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.*

Herr Martens fragt nach, weshalb trotz des Verschwindens des Investors über den B-Plan entschieden werden solle. Herr Möller antwortet, dass nach Auskunft des Bereichs Recht anhand der vorliegenden Fakten für das Bauleitverfahren nicht davon ausgegangen werden könne, dass keine Realisierung stattfinde. Die Planrechtfertigung (Planungsanlass) entfalle nicht im Hinblick auf das anhängige Insolvenzverfahren über das Vermögen des Vorhabenträgers, der bekanntlich eine juristische Person sei. Im Gegenteil stelle die Option auf ein Baurecht im Insolvenzverfahren eine vermögenswerte Position dar. Soweit bekannt, sei der Antrag auf Baugenehmigung bislang nicht zurückgenommen worden, sodass die HL aktuell keine belastbare Grundlage habe, den Realisierungswillen in Frage zu stellen.

Frau Bussat beantragt das Anhörungsrecht für Frau Dowideit als Sachkundige Bürgerin, welches der Ausschuss einstimmig beschließt.

Laut Frau Dowideit würde der alte B-Plan durch einen Beschluss zum neuen B-Plan ungültig. Außerdem sei davon auszugehen, dass der neue B-Plan angefochten werde.

Frau Schröder merkt hierzu an, dass es zurzeit keinen gültigen B-Plan gebe.

Zur Frage von Herrn Wegner (momentaner Planungszustand) antwortet Frau Schröder, dass laut FNP-Darstellung die Fläche Gewerbefläche sei.

Frau Mählenhoff verweist auf die Sitzung des Bauausschusses vom 16.06.2014. Dort sei von Herrn Howe angesprochen worden, dass viele Abwägungen auf das geplante Vorhaben des Investors abzielen würden. So seien aufgrund fehlender Alternativen Ausnahmen in Bezug der §§ 44 und 45 des Bundesnaturschutzgesetzes gemacht worden.

Durch das Verschwinden des Investors sehe er jetzt allerdings diese Alternativen als gegeben an, da der B-Plan in dieser Form nicht mehr umgesetzt werden müsse. Dazu habe er im Bauausschuss einen Antrag gestellt, der aber abgelehnt worden sei.

Frau Mählenhoff lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 7 - Jastimmen, 3 - Neinstimmen und 5 - Stimmenthaltungen
mehrheitlich, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 8 Berichte und Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 9 Zustimmung zu Wahlen / Wiederwahlen

- zu 9.1**
- 1. Zustimmung zur Wiederwahl des stellvertretenden Stadtwehrführers der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck**
 - 2. Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl von Ortswehrführern und stellvertretenden Ortswehrführern der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck**
- Vorlage: VO/2014/01634**

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Wiederwahl des stellvertretenden Stadtwehrführers des Stadtfeuerwehrverbandes der Hansestadt Lübeck, Walter Gaul, wird gem. § 15 Abs. 3 des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren (Brandschutzgesetz – BrSchG) vom 10.02.1996 (VOBl. Schl.-H. S. 200) zugestimmt.*
- 2. Der Wahl / Wiederwahl folgender Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren zu Ortswehrführern bzw. stellvertretenden Ortswehrführern wird gem. § 11 Abs. 3 BrSchG zugestimmt.*

Zu Ortswehrführern:

<i>Torsten Frobels</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Kronsforde (Neuwahl)</i>
<i>Axel Lüth</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Büssau (Wiederwahl)</i>
<i>Martin Grage</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Travemünde (Wiederwahl)</i>

Zu stellvertretenden Ortswehrführern:

<i>Jens Gerwien</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Schönböcken (Wiederwahl)</i>
<i>Thorsten Persohn</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Schlutup (Wiederwahl)</i>
<i>Florian Schuster</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Siems (Neuwahl)</i>

Frau Mählenhoff lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 10 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 10.1 Anfrage Frau Menorca - Sicherheitskonzept Hansetag

Frau Menorca fragt nach, ob das Sicherheitskonzept zum Hansetag gegriffen habe. Herr Möller antwortet, dass das Sicherheitskonzept hervorragend gegriffen habe. Es habe keine größeren Auffälligkeiten gegeben. Polizei und Security seien stets in angemessener Stärke vorhanden gewesen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10.2 Anfrage Frau Mählenhoff - Stellenbesetzung FB 3

Frau Mählenhoff fragt nach, wie es mit den Stellenbesetzungsverfahren im FB 3 aussehe. Herr Möller und Frau Hartmann antworten, dass momentan 4 Stellen (2 Stellen im IT-Bereich der Feuerwehr, 2 Stellen Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz) dem Bürgermeister zur Freigabe vorliegen würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Mählenhoff stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:10 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 16 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Frau Mählenhoff stellt gegen 18:44 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Frau Mählenhoff schließt die Sitzung um ca. 18:45 Uhr.

Lübeck, den 23. Juni 2014

Silke Mählenhoff
Vorsitzende

Maik Schneider
Protokollführung